WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Feber 2018

Aufmarsch der tschechischen Jugend

(Prag, Wenzelsplatz, 12.Sept.1943, sh. S.3!)

Inhalt:

01. Hitlers Tschechen (Buchbesprechung)	S. 03	11. Das Selbstbestimmungsrecht der Katalanen	S. 13
02. Was erwartet uns 2018? (F.V.)	S. 04	12. Ausgrenzeritis (Hausnerst., AfD, FC Bundestag)	S. 14
03. Der 4.März 99 Jahre danach	S. 05	13.Die Gedenkfeier in Berlin	S. 16
04. SL-Sachsen verlässt den Bundesverband	S. 06	14. Für pflichtbewusste Historiker	S. 17
05. Das Wort des Vorsitzenden	S. 07	15. Die Welt verstehen	S. 18
06. Zum Rechtsstreit mit der SL	S. 08	16. Gedenken an Dresden 1945 (Prof.E.Korkisch)	S. 19
07. Was denken Babis, Söder, Seehofer?	S. 09	17. „Da waren Deutsche auch dabei“ (DTH Prag)	S. 21
08. Vorsicht Satire! (Reise mit der Eisenbahn, Slezak)	S. 10	18. Gedenkjahr für Adalbert Stifter	S. 22
09. Hoffentlich merkt das der Wähler nicht!	S.12	19. So grausam war Gadafi	S. 23
10. BdV ist jetzt Mitglied im DI für Menschenrechte	S. 12	… und weitere Beiträge passim	

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 015221905772
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)
Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 61. Jahr!

Adalbert Stifter

„Es hat Bewegungen in dem menschlichen Geschlechte gegeben, wodurch den Gemütern eine Richtung nach einem Ziele hin eingeprägt worden ist, wodurch ganze Zeitraume auf die Dauer eine andere Gestalt gewonnen haben. Wenn aber in diesen Bewegungen das Gesetz des Rechtes und der Sitte nicht ersichtlich ist, wenn sie nach einseitigen und selbstsüchtigen Zwecken ringen, dann wendet sich der Menschenforscher, wie gewaltig und fruchtbar sie auch sein mögen, mit Ekel von ihnen ab und betrachtet sie als ein des Menschen Unwürdiges.“

Adalbert Stifter

(Aus der Vorrede zu Adalbert Stifters „Bunte Steine")

Fundstücke:

1. Die tschechische Tennisspielerin Jana Novotna (49 Jahre, geb. in Brünn) starb kürzlich an Krebs.
2. Das ARD-Fernsehen wurde kritisiert, weil es die Ermordung einer 15jährigen Deutschen in Kandel (Rheinland-Pfalz) durch einen Afghanen zunächst keiner Erwähnung für wert hielt..
3. Am 19.Januar beging Ungarn wieder den Tag der Vertriebenen. Er wurde 2012 eingeführt und soll an den Beginn der Vertreibung der Ungarndeutschen vor jetzt 72 Jahren erinnern.
4. Die Region Karlsbad ist in der Tschechischen Republik das am schwächsten besiedelte Gebiet.
5. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat das Heft 2/2016 der Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) wegen eines Merkel-kritischen Beitrages indiziert. Der Verlag (Grabert, Tübingen) hat daher das Erscheinen der Zeitschrift beendet (DGG, 4/2017).

Neues Buch:

Lukas Beer: Hitlers Tschechen

Besprechung:

Soeben erschien im Verlag „Der Schelm“ (Leipzig) das umfangreiche Buch „Hitlers Tschechen“ von Lukas Beer. Es ist die deutsche Übersetzung des schon 2014 vorgelegten Originals „Hitlerovi Cesi“.

Der Inhalt befasst sich mit dem Versuch der deutschen Nationalsozialisten, die Protektoratstschechen für sich zu gewinnen. Vorausgegangen war offenbar die Erkenntnis, dass im tschechischen Volk die nordischen Rassenmerkmale reichlich vorhanden waren, reichlicher sogar als bei den Sudetendeutschen (sh. Voytech Mastny, The Czechs under Nazi-Rule, NY. 1971, S.132)! Die deutschen Protektoratsherren planten offenbar eine „Rückvolkung“, um so die „tschechische Frage“ zu lösen. Hätten sie schon die erst später erschlossenen Wikingergräber auf dem Hradschin und die DNA-Untersuchung der Universität Brünn gekannt, wären sie wahrscheinlich noch zielstrebiger vorgegangen (sh. Witikobrief 17/4, S.3).

Der „seriöse“ Historiker:
Wie wird man ein „seriöser Historiker? Vielleicht, wenn man um heikle Themen einen großen Bogen macht? Gottlob gibt es aber beherzte Amateurhistoriker, die in die von Material überquellenden Archive gehen und spannende Bücher verfassen. Danke, Lukas Beer!

Die Tschechen sollten in einem „neuen Europa“ einen gleichwertigen Platz neben den Deutschen einnehmen. Angesetzt hat man bei der Jugend. Federführend war das 1942 gegründete *„Kuratorium für Jugenderziehung in Böhmen und Mähren“*. Von den höchsten Stellen (Himmler, Reichsjugendführung, K.H. Frank) aufwendig unterstützt, gelang es, etwa die Hälfte der tschechischen Jugend zu erfassen. Man wollte zunächst eine nationalsozialistisch denkende, starke und gesunde, tschechisch-nationale und gleichzeitig reichstreue Jugend heranbilden. Im Idealfall sollte diese später im „deutschen Volkskörper“ aufgehen, subjektiv freiwillig, aber doch auch dezent durch soziale Anreize gefördert. Diese Volkstumspolitik bevorzugte die Tschechen gegenüber anderen unterworfenen Völkern deutlich.

Das Buch von Lukas Beer beschreibt diesen ideologischen Kampf ausführlichst und füllt damit eine Lücke, die durch das Desinteresse tschechischer (Staats-?) Historiker und/oder selektive Auswertung der Archive geblieben war. Der oft sorgsam gepflegte Mythos vom betrüblichen Leben im Protektorat wird widerlegt. Tschechische Jugendliche besuchten in erstaunlich großer Zahl NAPOLA-Schulen im Reich, studierten an reichsdeutschen Hochschulen und fanden Aufnahme in SS und Wehrmacht, wo sie Seite an Seite mit Deutschen kämpften und fielen, wobei ihre Zahl die der tschechischen Soldaten in den alliierten Armeen deutlich überstieg! Verständlicherweise wurde diese Entwicklung von der Exilregierung Beneschs in London mit Sorge verfolgt. Auch die erwachsenen Tschechen verhielten sich meist skeptisch. Dennoch strömten auch sie am 12.09.1943 massenhaft zum Sandbergstadion in Prag, um der Leistungsschau des Jugendkuratoriums beizuwohnen. Es sollen 70.000 gewesen sein, wobei nur 50.000 Einlass gewährt werden konnte. Dem Autor ging bei seinen Recherchen auch wertvoller Beifang ins Netz, als er zufällig die Liste der tschechischen Hinweisgeber auf die Heydrich-Attentäter fand. Auf ihr stehen 80 Namen mit den jeweils ausgezahlten Belohnungen (S. 619).

Sport „zieht“ immer: Im Bild Staffelläufer am 12.09.1943 im Sandbergstadion (Prag)

Das Buch enthält auf 820 Seiten 174 Fotos, genaue Quellenangaben und je ein Orts- und Personenregister. Es ist für jeden ein Muss, der an der neueren Geschichte interessiert ist! Dem Autor gebührt unser Dank, weil er ein von sog. „seriösen“ Historikern umschifftes Thema aufgegriffen hat. *(F.V.)*

Was erwartet uns 2018?

Kaum endete das Lutherjahr, geht es weiter mit dem Dreißigjährigen Krieg (400 Jahre), Karl Marx (200. Geburtstag), Adalbert Stifter (150. Todestag) usw. Dagegen hilft nur beschränkende Auswahl.

Europa 2018

Gar nicht wählerisch waren allerdings Herr Macron und Frau Merkel, als sie zur 55-Jahrfeier des Elyseevertrages aufriefen. Die Quittung kam prompt. Im Deutschen Bundestag wiesen Dr. Weidel und Dr. Gauland (beide AfD) genüsslich nach, wie wenig de Gaulle und Adenauer mit der heutigen Europapolitik zu tun haben, und in Paris waren die meisten französischen Abgeordneten (75 % !) erst gar nicht zur gemeinsamen Sitzung beider Parlamente erschienen. Warum auch? Ein europäisches Ethos gibt es seit Aufnahme völkermordender Vertreiberstaaten 2004 ohnehin nicht mehr. Die real existierende EU ist nur noch gut für eine trickreiche und undurchsichtige Umverteilungspolitik. Und wenn die zahlungsfähigsten Staaten Europas ausgeplündert sind? Diese Frage geht auch Deutschland an! Können wir uns eine nicht enden wollende Eurorettung, eine teure und den Verstand beleidigende Energiepolitik und eine ebensolche Migrationspolitik leisten? Wollen wir ein Sozialstaat für Deutsche oder für die ganze Welt sein (sh. Spiegel, 4/2018, S. 19)? Statt um Immigrantenquoten zu feilschen müsste die Digitalisierung vorangetrieben werden, sonst ist bald Schluss mit Umverteilung.

Ende des 1.Weltkrieges

Zwingend geboten ist im neuen Jahr das Gedenken an das Ende des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren. Damals kam es zu Umwälzungen, die je nach Standpunkt Freude oder Trauer wecken. Was Böhmen betrifft, konnten sich die Tschechen ihren nationalen Traum erfüllen, für die Sudetendeutschen begann der Weg in die Katastrophe. Doch die Tschechen sollten erkennen, dass sich bei ihnen nach der Zerschlagung des Habsburg-Reiches Wohlstand, Freiheit und Rechtssicherheit erst wieder einstellten, als sie wieder mit den Deutschen gemeinsam unter einem übernationalen Dach (EU) leben durften!

Versöhnung

Im neuen Jahr werden auch wieder Versöhnungsrufe erschallen. Begonnen hat das alles mit der Parole von der „Friedlichen Koexistenz". Danach lautete das Motto „Entspannung", und zuletzt hieß es „Versöhnung". Heute nennt man das „Narrative", doch ihr Ziel war jedes Mal, über altes Unrecht Gras wachsen zu lassen. Wer sich diesen gärtnerischen Bemühungen widersetzte, galt/gilt plötzlich als Störenfried. Die Vertreiber und ihre Sympathisanten waren/sind fein heraus. Die meisten unserer gutgläubigen Zeitgenossen (einschließlich hoher Landes- und Bundespolitiker!) gehen dieser scheinheiligen Dialektik auf den Leim. Vielleicht öffnen ihnen aber die Reparationsforderungen Polens die Augen. Dabei hatte man uns einst sogar versprochen, dass die Vertreiberstaaten ganz handzahm würden, wären sie erst EU-Mitglieder!

Heimat

Nach dem Einzug einer patriotischen Partei in den Bundestag schlug die Stunde der Nachahmer. Schlagartig haben sie die Schaufenster der Konkurrenz umdekoriert und etwas „Heimat" hineingestellt. Das Praktische daran war, dass man sich so auch um das Wort Deutschland oder gar Vaterland drücken konnte. Ob es aber gelingt, „Heimat" im ursprünglichen Sinn zu rekonstruieren, ist ungewiss. Heimat ist mehr als Landschaft plus „Bevölkerung" (bestehend aus Parallelgesellschaften jeder Art?). Sie ist die fragile Ganzheit aus Menschen, Familien, Ahnengräbern, Geschichte, Sprache, Kultur, Architektur und einer unverwechselbaren Landschaft. Wir als sudetendeutsche „Heimat-Vertriebene" wissen darüber hinaus, dass man in der eigenen Heimat unversehens an den Rand gedrängt und rechtlos gemacht werden kann. Das haben wir schmerzvoll durchlitten, aber uns glaubt ja niemand!

Vielleicht leiden manche aber weniger unter Heimatlosigkeit im üblichen Sinn, sondern mehr an der Fremdheit in einer Welt, in der „anything goes" (alles ist erlaubt) und der man wie gelähmt taten- und willenlos gegenübersteht. Das einzige was sich tut, sind die Einrichtung von Gender-Professuren, die Ausdehnung des Ehebegriffes und das Übertünchen schöner Gedichte an Berliner Fassaden.

An der Schwelle zum neuen Jahr fühlt man sich manchmal wie auf der untergehenden Titanic. Trotz bedrohlicher Schlagseite spielt die Bordkapelle weiter beschwingte Melodien. *(F.V.)*

Eine Anmerkung
zu den jüngst erhobenen polnischen Reparationsforderungen

Bei der dritten polnischen Teilung (1795) bekam Russland 80 Prozent des polnischen Gebietes, Österreich 11 und Preußen 9 Prozent. Die Teilung war nötig, weil Polen durch eigene Schuld unregierbar geworden war. Am 5. November 1916 einigten sich Deutschland und Österreich auf die Wiederherstellung Polens. Deutsche und österreichische Truppen haben den russisch besetzten Teil Polens freigekämpft. Die neue polnische Regierung bedankte sich für die Wiedergründung ihres Staates mit folgendem Telegramm:
„An diesem Tag… durchdringt die Brust eines jeden freiheitsliebenden Polen das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber jenen, die es mit ihrem Blut befreit … haben. Daher senden wir den Ausdruck unserer tiefen Dankbarkeit und die Versicherung, dass das polnische Volk seinen Bundesgenossen die Treue für immer zu bewahren imstande sein wird.“

Der 4. März - 99 Jahre danach

Die Ereignisse des 4. März 1919 darf man nicht isoliert sehen. Vorausgegangen war der Waffenstillstand vom 11.11.1918, der 23 Artikel umfasste, von denen aber 17 nicht eingehalten wurden. Dann gab es das Versprechen Wilsons auf Selbstbestimmung der Völker.

Der 4.März 1919 in Kaaden!

Auch dieses wurde den Sudetendeutschen verweigert. Um die Welt auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen, riefen ihre Parteien, angeführt vom Sozialdemokraten Josef Seliger, für den 4. März 1919 zu landesweiten Kundgebungen auf. Ein weiteres Motiv Seligers war die schlechte Versorgungslage der sudetendeutschen Bevölkerung.
Wie bekannt, wurde die Demonstration blutig unterdrückt. Zwanzig Jahre lang galt danach jedes öffentliche Gedenken an die Opfer als staatsgefährdend und wurde von der csl. Justiz strengstens verfolgt. Erst nach dem „Anschluß“ fanden im März 1939 große Gedenkfeiern statt. Eine Entschädigung der Opfer lehnte der csl. Staat ab. Daher organisierten die Sudetendeutschen selbst eine Spendenaktion, um die schlimmsten Folgen zu lindern. Die Koordination lag in den Händen der Stadtverwaltung von Teplitz. Bezeichnend war auch die Berichterstattung in der sudetendeutschen Presse. Sie war im März 1919 durch die csl. Verbotspraxis bereits so eingeschüchtert, dass sie die Meldungen über die Kundgebungen und die dabei Getöteten eher beiläufig und unauffällig auf der dritten oder vierten Seite brachte. Demonstrationen hatten in allen größeren Orten des Sudetenlandes stattgefunden. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf weit über eine Million landesweit. Heuer liegen diese tragischen Ereignisse 99 Jahre zurück. In einem Jahr müssen wir noch einmal alle Kräfte zusammenfassen, um ein würdiges Gedenken zu gestalten.

SL-Sachsen verlässt den Bundesverband

Am 25. November 2017 beschloss die kombinierte Mitglieder- und Amtsträgerversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Sachsen e.V., den Austritt aus dem Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Dazu erging folgende Presseerklärung

Der Landesverband Sachsen e.V. der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft München e.V. hat auf seiner heutigen Beratung bei einer Stimmenthaltung folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landesverband Sachsen e.V. der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft München e.V. tritt mit Wirkung vom 01.01.2018 aus dem Bundesverband aus und setzt seine Arbeit auf Landesebene eigenverantwortlich und unabhängig vom Bundesverband fort. Er wird dazu, wie auf dem jüngsten Verbandstag des Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen und Spätaussiedler in Sachsen/Schlesische Lausitz e.V. beschlossen, sich verstärkt dort engagieren.“

Gründe: Der Bundesverband hat den Landesverband Sachsen erfolgreich auf die Herausgabe sämtlicher Mitgliederlisten verklagt, obwohl die Bereitschaft zur Übergabe dieser Listen mehrfach erfolglos angeboten wurde. Der Landesverband hatte lediglich die vorherige Zusendung eines entsprechenden Beschlusses des Bundesvorstandes sowie einer Erklärung eingefordert, dass diese Übersichten nicht zweckentfremdet, z.B. für Werbezwecke genutzt werden. Darauf erhielt der Landesverband keine Antworten. Stattdessen wurde unangekündigt der Klageweg beschritten.

In einem Schreiben vom 25.10.2017 unterstellte der Bundesgeschäftsführer, Christoph Lippert, dem Landesvorstand, seine Mitglieder in den Orts- und Kreisgruppen nicht umfassend und ordnungsgemäß über Entscheidungen und Entwicklungen des Bundesverbandes informiert zu haben. Obwohl sich zahlreiche Mitglieder einzelner Untergliederungen sowie Landesvorstandsmitglieder dagegen deutlich verwahrten, gab es keine Reaktionen aus München, die auf ein Umdenken der Bundesspitze hindeuteten.

Der Bundesvorstand in München mit seinem Bundesvorsitzenden, Bernd Posselt, hält nach wie vor an der umstrittenen Satzungsänderung des § 3, die den Zweck der Landsmannschaft eindeutig verändert und den Mitgliedern insbesondere das Recht auf die Heimat und einen Anspruch auf Restitution nimmt, fest. Diese Entwicklung wird vom Landesverband nicht mitgetragen. Alle Versuche einer konstruktiven Gesprächsführung dazu mit dem Bundesvorstand scheiterten an dessen Verweigerungshaltung.

Der Landesverband Sachsen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sieht sich nach den jüngsten Reaktionen tschechischer Politiker, wie auf dem Sudetendeutschen Tag 2017 in seiner Position bestätigt, weil auch dort keinerlei Versuche einer Entschuldigung sowie eines Entschädigungsangebotes für die von tschechischer Seite nach Ende des 2. Weltkrieges an der deutschen Bevölkerung verübten Verbrechen erfolgten und der Bundesverband diese Forderungen auch nicht mehr erhebt. Der Landesverband Sachsen der Sudetendeutschen sieht deshalb keine Möglichkeit mehr, mit dem Bundesverband konstruktiv und sachbezogen zusammenzuarbeiten.

Weitere Beschlüsse des Landesverbandes betrafen entsprechende Satzungsänderungen, um die Eigenständigkeit des Landesverbands auch im neuen Namen „Sudetendeutscher Landesverband Sachsen e.V.“ sowie im veränderten Layout ab 01.01.2018 zu dokumentieren.

Dresden, den 25.11.2017

Claus Hörrmann

Pressesprecher des Landesverbandes Sachsen e.V. der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Für Nachfragen wenden Sie sich bitte an 0174 3985 oder 03596 500038 bzw. claus.hoerrmann@t-online.de

Nachbemerkung der Red.: Die Bundesführung München bestreitet, dass ein Landesverband austreten kann und berief für Sachsen einen neuen Landesvorstand.

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

In der SL sehe ich zwei Gruppen von Mitgliedern. Die einen tragen Verantwortung und die anderen wissen, dass sie Verantwortung tragen. Letztere wehren sich gegen die Verwässerung der SL-Satzungsziele. Es ist nicht unsere Aufgabe, Unrecht und Vertreibungen weltweit zu ächten. Diese Überdehnung hat man den Vertriebenen schon vor Jahren beim Zentrum gegen Vertreibung**en** verordnet, leider mit der unfreundlichen Absicht der Relativierung und Bagatellisierung. Das treffende Wort zu diesen Verallgemeinerungen sprach der Staatsrechtler Carl Schmitt (1888-1985): *„Wer Menschheit sagt, will betrügen.“*

Felix Vogt Gruber

Die Konsequenzen aus diesen Manövern zog der SL-Landesverband Sachsen, indem er kurzerhand aus dem SL-Bundesverband austrat. Gut reden hat Andrej Babis, der tschechische Ministerpräsident. Er betonte zwar, keine Verhandlungen mit der SL führen zu wollen, weiß aber ganz genau, dass es mit dieser nichts mehr zu verhandeln gibt, weil sie längst kapituliert hat.

Der Witikobund ist froh, dass er sich am Kampf für die Rechte der Sudetendeutschen beteiligen konnte. Mein herzlicher Dank gilt allen, die uns dazu auch materiell in die Lage versetzt haben! Erfreulich ist, dass sich kürzlich eine Mitgliederinitiative gebildet hat mit dem Ziel, dem Vorstand über die bestehenden Hürden hinwegzuhelfen! Bitte beachtet das beigefügte Schreiben!

Was erhoffen wir uns vom nächsten Jahr? Wir wünschen uns eigentlich nur Selbstverständlichkeiten: Jeder sollte sich an die Regeln des BGB und des Vereinsrechts halten, keiner sollte mit hässlichen Unterstellungen arbeiten und jeder möge in der Öffentlichkeit umfassend und wahrheitsgetreu berichten. Wenn diese Wünsche in Erfüllung gehen, muss uns vor dem kommenden Jahr nicht bange sein!

Felix Vogt Gruber

(1.Vorsitzender des Witikobundes e.V.)

Hinweis der Buchhaltung:

Die beigefügten Zahlscheine sollen Sie/Euch entweder an den Jahresbeitrag oder an den Bezugspreis für den Witikobrief erinnern. Bei letzterem bitte die Steigerung von 16 auf 18 € beachten!

Termin und Ort der Jahrestagung 2018 liegen fest:
Wir treffen uns am 20./21.Okt.2018 in Echenbrunn bei Gundelfingen, Hotel Sonne, Lauinger Str. 52, Tel. 09073-95864-0 (sh. auch in W-Intern!)

Gut beobachtet:

Das Bildungsbürgertum von einst ist im urbanen Raum dem grünakademischen Milieu gewichen, das sich in subventionierten Berufen ein Zubrot zu den Erträgen des elterlichen Erbes verdient und sein Leben in den Dienst einer „besseren“ Welt gestellt hat.
(Karl Heinzen in JF, 1.12.17, S. 28)

Neues und Altes zum Rechtsstreit mit der SL

Zum Jahresende verbreitete unser Vorstand folgenden Text über den elektron. Vereins-Verteiler:
Am 22.11.2017 zog die SL ihren Revisionsantrag zum Urteil des LG München I vom 29.06.2017 zurück. Vorausgegangen war am 26.10.2017 eine entsprechende Empfehlung des OLG München.
Damit sind die SL-Bundesversammlungen vom Februar 2016 und vom März 2017 nichtig.
Daraus ergibt sich:

1. Die Rechtsauffassung des Alterspräsidenten Edmund Liepold (+) wurde bestätigt.
2. Es gilt nach wie vor die alte Satzung.
3. Der am 05.02.2012 gewählte SL-Bundesvorstand (mit dem Vizevorsitzenden Hörrmann) ist weiter kommissarisch im Amt.
4. Die Volksgruppe hat seit 5.2.2016 keinen Sprecher.
5. Schon früher wurde die SL dazu verurteilt, dem Kläger Gottstein die Mitgliederliste herauszugeben.
6. Der Ausschluss Kam. Gottsteins aus dem Verein SL ist wegen falscher Zusammensetzung (Hörrmann!) und Unzuständigkeit des ausschließenden Vorstandes nichtig.

Wie geht es weiter?
Nach der im August 2017 in Bad Kissingen ersatzweise abgehaltenen Bundesversammlung hat die SL beim Registergericht nur die Vorstandsänderungen zur Eintragung angemeldet, nicht auch die beschlossenen Zweck- und Satzungsänderungen.
Mit der Bearbeitung wird das Registergericht vermutlich warten, bis über eine von dritter Seite erhobene Klage wegen eines erneuten Ladungsfehlers entschieden ist. Möglicherweise wird also auch die Ersatzversammlung für nichtig erklärt!
Rechtsbewusstsein
Zum Selbstverständnis der Sudetendeutschen gehört peinlichste Einhaltung der Gesetze und Null-Toleranz gegen Menschenrechtsverletzungen. Die Kameraden Liepold und Gottstein haben Abweichungen von dieser Haltung verhindert. Ihnen, aber auch ihrem Rechtsbeistand, Herrn RA Veauthier, gebührt unser Dank!

Nachtrag der Red. vom 20.1.2018:
Anwalt Veauthier hat inzwischen sein Mandat niedergelegt, weil der Kläger auf einen Einspruch gegen seinen erneuten Vereinsausschluss verzichten will. Dieser setzt darauf, dass er Mitglied war, als die früheren vollstreckbaren Urteile ergingen. Auch könnte die letzte Bundessammlung erneut für nichtig erklärt werden (s.o.!) und damit auch sein Ausschluss.

Aus der Zuschrift eines „freien" Vertriebenen :
„Der Witikobund hat es bisher als einzige Vertriebenenorganisation geschafft, ohne staatliche Fördergelder auszukommen und sich damit nicht der PC zu unterwerfen. Daher wird bei ihm auch noch heute "Klartext" geredet. Wäre er nicht mehr an Bord, müssten wir, die "Freien Vertriebenen", alleine die Fahne hochhalten. Ob wir das schaffen könnten? Ich habe hautnah mitbekommen, wie die früher stolze Landsmannschaft der Schlesier untergegangen ist und heute praktisch keine Bedeutung mehr hat. Auch dabei spielte (Staats-) Geld die Hauptrolle. Ich drücke dem Witikobund alle meine Daumen, dass er nicht dasselbe Schicksal erleidet. Mit freundlichen Grüßen NN.".

Was denken die Mächtigen?

Andrej Babiš verabreicht schallende Ohrfeigen:

Die Regierung **Babiš** ist momentan nur geschäftsführend im Amt. Dennoch sollten wir auch ihre Auffassung zur Sudetenfrage kennen. Sie wurde deutlich, als **Vladimíra Vítová**, die Vorsitzende der Organisation *České mírové forum* (Tschechisches Friedensforum) am 15.1.2018 Herrn Babiš schriftlich bat, keine Gespräche mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) zu führen. Der Premier antwortete am 29. 01. wie folgt: *„Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Regierung ganz entschieden keine Verhandlungen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu führen beabsichtigt und halte rechtliche und Eigentumsfragen, die mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängen zugleich mit den Nachkriegsgeschehnissen für abgeschlossen".*

Vítová teilte Babiš auch noch mit, dass die neue SL-Satzung nicht gültig sei. Er antwortete darauf: *„Was die Änderung der Satzung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus dem Jahr 2016 betrifft, so kann ich feststellen, dass es sich um eine innere Angelegenheit handelt, die in der Kompetenz der zuständigen deutschen Ämter ist. Das Außenministerium hat mich informiert, dass die Satzungsänderung noch keine Gültigkeit bekommen hat. Der Termin der Verhandlung der aktuellen Klage der Gegner findet beim Landesgericht in München am 13. März 2018 statt".*

Dieser Meinungsaustausch wurde in der Internetzeitung der tschechischen Ultranationalisten (*České národní listy*) veröffentlicht. Die Herren Posselt und Hörtler sollten ihn als das nehmen, was er ist: Eine **schallende Ohrfeige** für ihre Umtriebe zu Lasten der Volksgruppe.

Dr. Markus Söder hat verstanden:

Die Frankfurter Rundschau berichtete am 10.12.2017 von einem Gespräch mit dem designierten Ministerpräsidenten von Bayern, **Markus Söder** wie folgt:

*„Söder forderte von der Union <eine Rückkehr zur alten Glaubwürdigkeit>. Das gelte für Wählergruppen, die inzwischen an CDU und CSU zweifelten - für **Vertriebene**, Wertkonservative, auch moderne Bürgerliche und Menschen, die Recht und Ordnung hochhalten".*

Die Nennung der Vertriebenen unter den Zielgruppen fiel nicht vom Himmel. Ihr gingen Schreiben und Appelle aus den Reihen des Witikobundes voraus. Darin wird (z.B. am 06.11.17) gewarnt, im Versöhnungsrausch die Rechtspositionen der Vertriebenen zu vergessen. Söders Worte wurden von den Vertriebenen als eine Art „Nikolausgeschenk" angesehen, doch jetzt müssen den Worten auch Taten folgen!

Horst Seehofer am falschen Gleis:

Horst Seehofer zeigte sich in seiner Neujahrsansprache zufrieden darüber, dass *„wir mit unseren Nachbarn in Tschechien eine neue Ära der Freundschaft und Partnerschaft einleiten konnten. Das ist etwas Bleibendes für die kommenden Generationen. Ich danke allen Sudetendeutschen für diesen gemeinsamen Weg".*

Man kann ihm zu Gute halten, dass er den Briefwechsel Babiš-Vitova (s.o.) noch nicht kannte. Die richtige Einschätzung vermittelt ihm aber Johann Slezak, als er ihm schrieb, dass von *Freundschaft und Partnerschaft* erst dann die Rede sein könne, wenn das Unrecht gegen die Sudetendeutschen geheilt sei. Die meisten Sudetendeutschen, denen er danke, könnten (vielleicht mit Ausnahme einiger Funktionäre) diesen *gemeinsamen Weg*, erst dann beschreiten, wenn er als Schirmherr dafür sorgte, dass die Würde der Opfer wieder hergestellt werde. Wenn ein Ministerpräsident das Unrecht nicht mehr benennen wolle, müsse man Brecht zitieren: *„Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."*

Vorsicht Satire:

Bezirksobmann Johann Slezak schlüpft in die Rolle eines „Bahnhofvorstehers“ und argumentiert gegen den „Hobby-Keller-Eisenbahner“ Seehofer:

Wichtige Weichenstellungen in der Vertriebenenpolitik

(Sudetendeutsche Zeitung vom 22. Dezember 2017 / Seite 1)

Grüß Gott, liebe Landsleute,
manchmal lohnt es sich schon, die Sudetendeutsche Zeitung abonniert zu haben, diesmal war es die Weihnachts-Ausgabe vom 22. Dezember 2017. Auf der Titelseite findet man nicht, wie erwartet, eine Krippe aus dem Böhmerwald oder Egerland. Stattdessen sah man ein Harmonie ausstrahlendes Foto von Seehofer und Söder, deren in die Höhe gestreckte Arme sich freundschaftlich umschlingen. Nicht das rührselige Weihnachtsbild eines schwachen Kindes in der Krippe, nein, das Bild zweier kraftstrotzender Giganten und Weichensteller für uns Vertriebene am Parteitag der CSU. Darüber las man die Schlagzeile:
„Wichtige Weichenstellung in der Vertriebenenpolitik“.
Diese Schlagzeile veranlasste mich, die bisherige Politik der Regierung Seehofer und der Landsmannschaftsspitze als Zugfahrt mit eigenartiger Weichenstellung zu interpretieren.

Die frohe Weihnachtsbotschaft für uns ist also nicht die Geburt Christi, sondern die neue Weichenstellung für das Jahr 2018, so dachte ich zuerst. Aber nur zuerst, denn dann fiel mir ein, hatte nicht Bernd Posselt den gleichen Ausspruch von der „neuen Weichenstellung“, bei seinem ersten Besuch mit Seehofer in Prag, von sich gegeben?
Von wichtiger Weichenstellung mag Horst Seehofer als **Hobby-Keller-Eisenbahner** ja etwas verstehen, obwohl in seiner Kellereisenbahn außer Blechschäden beim Zusammenprall der Loks, durch falsche Weichenstellung, nicht viel Schaden angerichtet werden kann. Im Gegensatz dazu steht seine Fahrweise in der Vertriebenenpolitik, ausgelöst durch die falsche Weichenstellung des Weichenstellers Bernd Posselt.
Diese falsche Weichenstellung des Schirmherrn, der den Schirm über den Schirmling längst zusammengeklappt hatte, rächte sich bei der Bundestagswahl an seiner CSU, wie das Wahlergebnis beweist. Umgekehrt sorgte es dafür, dass der von ihm so ungeliebte Markus Söder, den er nur allzu gern verhindert hätte, nun die Chance hat, Zugführer der quasi königlich bayerischen Eisenbahn zu werden.
Dazu die Vorgeschichte
Da wollte der 2008 neu gewählte Zugführer Seehofer, der gleichzeitig Lokführer war, die ausgefahrenen Gleise seiner Vorgänger in Sachen Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen verlassen. Dazu mussten die Weichen seiner Vorgänger, die auf Recht und Gerechtigkeit gestellt waren, neu auf Verzicht und Unrechtsakzeptanz umgestellt werden. In Bernd Posselt fand er da einen willfährigen Weichensteller, der diese neuen Geleise, die ihn wieder nach Europa führen sollten, auch befahren wollte. So beratschlagten beide die Zusammenstellung des Zuges, des Personals, den Weichenplan. und den Fahrweg. Sie erstellten folgenden Fahrplan.

1. *Der Waggon mit der Restitution des Eigentums und des Rechts auf Heimat wird abgekoppelt, das soll durch eine vom Weichensteller Posselt durchzuführende Zug-Zweckänderung geschehen. Die Zweck-Bahnsteige 3 c und 3 d mussten weg.*
2. *Die Weichen der Fahrstrecke werden so gestellt, dass die Stationen „Vertreibung", „Straffreistellung", „Völkermord" umfahren werden, die dann unberührt in der Tschechischen „Stations-Rechtsordnung" bleiben können.*
3. *Bußfertige BY-Politiker fuhren in die CZ. Die Stationen hießen Lidice und Theresienstadt. An den Haltestellen Postlberg und Kaaden, hielt der Zug nicht an.*
4. *Mit dieser neuen Weichenstellung reiste der BY-Landtag und bedeutende Manager und Spekulanten nach Prag, dort eröffneten sie eine BY-Vertretung. Die Sozialministerin zapfte das Oktoberfestbier an. Die Station „Prager Massaker" an Sudetendeutschen wird durch die Weichenstellung geschickt umfahren.*
5. *Zuletzt wird noch der Wagen „Deutsch-Tschechische-Erklärung", der sogenannte „Verhöhnungswagen", der Völkermord und Vertreibung legalisiert, durch den Weichensteller und Versöhnungspreisträger Bernd Posselt an den Zug angekoppelt.*
6. *Der Zug wäre jetzt komplett. Die Stationen Vertreibung, Landraub, Völkermord werden nicht mehr angefahren, die Wagen Dekrete, Vermögensraub, sind abgekoppelt. Die Stationen der Vertreibung werden nicht mehr bedient – dafür sollte der Zug mit diesem „Ballast" schnurgerade ins neue Sudetendeutsche Museum fahren, das alle Rechte der Volksgruppe musealisieren soll - so war es zumindest geplant, wenn*
   > nicht der Fahrdienstleiter, der sich Registergericht nennt, von einigen Bahnhofs-vorstehern angerufen, die rote Kelle gehoben und den Zug zum Stehen gebracht hätte.
   > die eigentlichen Passagiere, die Vertriebenen, die der Zugführer und Schirmherr schon vergessen hatte, bei der Station Bundestagswahl 2017 die Notbremse gezogen und so zusätzlich gebremst hätten.

   Der Weichensteller Posselt, sein Helfer Lippert und seine Rangierer Hörtler und Vogler, die durch „Fehlsignale" den Zug samt den Zugführern fast auf den Prellbock geleitet hätten, sind nun darauf angewiesen, dass die „wichtige und richtige Weichenstellung" durch den neuen Zugführer namens Markus Söder erfolgt, der es nicht leicht haben wird, den Lokführer Seehofer samt Hilfspersonal davon zu überzeugen, dass nur das richtige Gleis des Rechtes und der Gerechtigkeit und der Aufarbeitung des Vertreibungsunrechts in die Zukunft führt.

Wir, die kleinen „Bahnhofsvorsteher" Gottstein, Liepold, Vogt-Gruber, Slezak, Hörrmann, Bethscheider und andere haben rechtzeitig dafür gesorgt, dass der neue Zugführer Markus Söder die Strecke kennt und mit dem Zug in das richtige neue Gleis fährt.

In diesem Sinne:

Gute Fahrt ins Neue Jahr 2018

Über das Jenseits kann man viel spekulieren – aber nur im Diesseits!

Hoffentlich merkt das der Wähler nicht!

In Nordrhein-Westfalen (NRW) wurde nach der Wahl vom Mai 2017 die SPD/Grüne-Regierung von CDU und FDP abgelöst. Gleich zu Beginn betätigte sich Christian Lindner (FDP) als eine Art Schutzpatron der Steuerflüchtlinge, indem er mehr Zurückhaltung beim Kauf von Steuer-CDs forderte (sh. Spiegel, 27.1.2018, S. 28 f.). Mit deren Hilfe hatte nämlich die Steuerfahndung Wuppertal bedeutende Erfolge erzielt. Das war aber nur das steuerpolitische Präludium der neuen Landesregierung. Im Januar 2018 folgte der nächste Schritt, als die beiden maßgeblichen Steuerfahnder von Wuppertal, Frau Höfer-Grosjean und Herr Radermacher, bei der Vergabe der Leitungsstelle ihrer Behörde übergangen wurden. Prompt quittierten sie ihren Dienst und wechselten mit ihrem Wissen zu einer großen Steuerberatungsfirma. Ex-Finanzminister Borjans (SPD) mutmaßte, dass „bei den Steuerflüchtlingen jetzt die Sektkorken knallen". Und in der Tat sieht es so aus, als hätte die neue Landesregierung bewusst eine Schwächung der Steuerfahndung herbeigeführt, um dem Ruhebedürfnis gewisser Steuerpflichtiger nachzukommen. Die beiden gemobbten Fahnder konnten zwischen 2010 und 2017 alleine in NRW rd. 2,4 Mrd. € hinterzogene Steuer eintreiben, darunter rd. die Hälfte nach Selbstanzeige infolge Abschreckung.

Parallele zu Hessen

Dieser Vorgang in NRW erinnert fatal an Ereignisse in Hessen. Dort wurden vier besonders hartnäckige Steuerfahnder wegen angeblich „paranoid-querulatorischen" Verhaltens in den Ruhestand versetzt. Offenbar reichte der Arm einiger der ertappten Steuersünder bis in die Kanzleien der damaligen Regierung Koch (CDU). Die vier gefeuerten Hessen haben in jahrelangen Prozessen ihre Rehabilitation erreicht. Der Schaden für die Staatskasse aber bleibt.

Bund der Vertriebenen (BdV) ist jetzt Mitglied im Deutschen Institut für Menschenrechte (DIRM)

Am 15. Dezember 2017 stimmte die Mitgliederversammlung des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) der Aufnahme des Bundes der Vertriebenen (BdV) als Mitglied mit großer Mehrheit zu.

Sitz des DIMR, Zimmerstraße, Berlin-Mitte

Was ist das DIRM?

Das DIMR ist ein gemeinnütziger Verein in Berlin, der die Einhaltung der Menschenrechte überwacht und fördert. Er wurde 2001 unter der rot-grünen Regierung Schröder gegründet und hat knapp 70 (!) wissenschaftliche Mitarbeiter/Innen. Die Finanzierung erfolgt in erster Linie durch den Bundestag. Das Institut forscht interdisziplinär und anwendungsorientiert zu menschenrechtlichen Fragen und beobachtet die Menschenrechtssituation in Deutschland. Es berät staatliche und private Institutionen bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsabkommen. Das Institut berichtet dem Deutschen Bundestag und verfasst Stellungnahmen für nationale wie internationale Gerichte (sog. amicus curiae-Stellungnahmen) sowie internationale Menschenrechtsgremien.

Bedeutung für die Vertriebenen

Die deutschen Vertriebenen mussten mit die schwersten Menschenrechtsverletzungen nach dem Kriege erdulden. Ihre Aufnahme in das DIRM war daher überfällig. Aus ihrer Sicht hat das DIMR schon 2004 versagt, als die Aufnahme von Polen und der Tschechischen Republik in die EU anstand. Der BdV sollte nicht müde werden, auf dieses Versäumnis hinzuweisen, denn die Vertriebenen haben nichts davon, wenn die Menschenrechte, wie bisher, nur auf dem Papier stehen. *(F.V.)*

Das Selbstbestimmungsrecht der Katalanen

Mit ihren Sezessionsbestrebungen lenkten die Katalanen wieder einmal die Aufmerksamkeit auf das schwierige Problem des Selbstbestimmungsrechtes. Zufällig jährte sich in diesen Wochen aber auch das Versprechen des Selbstbestimmungsrechts durch Präsident Wilson vor 100 Jahren (8.1.1918).

Katalonien liegt geographisch sehr gut!!

Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet entstehen stets, weil der Selbstbestimmungswunsch der Volksgruppen immer mit dem Selbstbestimmungsrecht der Staaten kollidiert. Grundsätzlich stellte Prof. de Zayas dazu aber fest, dass Selbstbestimmung zunächst ein Recht der Völker sei und kein Vorrecht der Staaten. Wird einem Volk dieses Recht verwehrt, sei das eine Verletzung des Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und zivile Rechte (ICCPR) und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Keine Kleinstaaterei

Nun sollte man Kleinstaaterei möglichst vermeiden, auch weil sie meist wirtschaftlich schwache Gebilde hervorbringt, die im schlimmsten Fall nur als Steueroasen überleben können, wovon wir aber bereits genug haben. Die Lösung kann daher nur die großzügige Gewährung von Autonomierechten sein.

Bei Katalonien scheint aber ein Grenzfall vorzuliegen. Sein Streben nach Unabhängigkeit ist historisch begründet und wäre ohne das Dazwischentreten der Franco-Diktatur schon 1936 erfolgreich gewesen. Der Generalrat (Landesführung) überdauerte die Franco-Zeit im Exil. Mit sieben Millionen Einwohnern und einer starken Wirtschaft gehörte Katalonien auch nicht zu den Ministaaten. Es ist daher kein Wunder, dass der Selbstbestimmungswunsch der Katalanen kürzlich wieder aufloderte.

Handlungsbedarf

Die Selbstbestimmungsfrage enthält ein riesiges Konfliktpotential, denn alleine in Europa gibt es unglaubliche 300 autochthone Gruppen mit zusammen 60 Millionen Menschen. So wundert es nicht, dass momentan bis zum 3. April 2018 unter dem Namen Minority-Safepack eine Unterschriftenaktion läuft, mit der die EU und die einzelnen Staaten ermuntert werden sollen, den Forderungen ihrer Minderheiten größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ähnliche Bestrebungen gab es allerdings auch schon früher. So residierte zwischen 1925 und 1938 der *Europäische Nationalitäten-Kongress* in Genf, später in Wien. Zu ihm gehörte der *Verband der deutschen Volksgruppen in Europa*, der sich schon 1922 gebildet hatte und dessen Präsident von 1936 bis 1938 Konrad Henlein war. Viel Leid wäre der Welt erspart geblieben, wenn man diese Verbände ernst genommen hätte.

Der Enkel zum Großvater: ***Hattet Ihr nach dem Krieg auch schon Designermoden?***
Großvater: ***Natürlich, die bekannteste Marke war HNN.***
Enkel: ***Und was hieß das?*** Großvater: ***Hauptsache nicht nackt.***

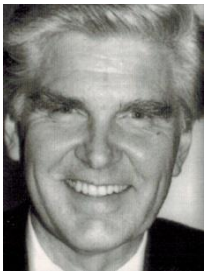
Ausgrenzeritis Nr. 1:

Hausner-Stiftung sagt Ehrung ab

In Deutschland grassiert eine neue Seuche: Sie nennt sich Ausgrenzeritis, und der Witikobrief kann gleich drei Beispiele dafür vorführen:

Beispiel 1:

Die für den 13. Dezember 2017 vorgesehene Preisverleihung der Hausner-Stiftung musste abgesagt werden, weil die Zusage für die Saalnutzung im Haus des Ostens (HdO) plötzlich widerrufen wurde. Verantwortlich dafür war der Leiter des Hauses, Prof. Weber. Dieser ist den Vertriebenen bisher noch nicht aufgefallen, auch nicht durch irgendwelche Publikationen zu ihrer Problematik. Bekannt ist nur, dass er sich in seiner Promotionsschrift mit dem „Weinbau in Altbayern" befasste.



Generalmajor a.D. Gert Schultze-Rhonhof

Grund für den Widerruf war der Plan, Generalmajor a.D. Gert Schultze-Rhonhof zu ehren. Diesem wirft Prof. Weber vor, sich in seinen Werken nicht mit den Arbeiten „seriöser" Historiker auseinandergesetzt zu haben und Zweifel an der Alleinschuld Hitler-Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu schüren. Damit erbringt Prof. Weber jedoch den Beweis, dass er Schultze-Rhonhofs Bücher überhaupt nicht gelesen hat, denn eine derartige Aussage wird man darin vergebens suchen. Schultze-Rh. stützt sich vielmehr zu einem hohen Prozentsatz (43 %) auf ausländische, vornehmlich polnische, vermutlich nicht immer deutschfreundliche Quellen. Nur wenige Kritiker haben Zugang zu diesen Quellen, weshalb ihre Einwände auch ausnahmslos pauschal geblieben sind.

Sudetendeutsche springen bei

Mit konkreten Angaben können hingegen die Sudetendeutschen dem Autor beispringen. In Anlehnung an einen seiner Buchtitel *„Der Krieg der viele Väter hatte"* spendieren sie ihm den Namen eines weiteren „Kriegsvaters", nämlich den Eduard Beneschs, der nach dem Zeugnis seines Privatsekretärs Smutny sagte: *„Wir brauchten den Krieg, und ich tat alles, um ihn herbeizuführen."* (DHCP, 433).

De omnibus dubitandum

Ins Leere geht auch der Revisionismus-Vorwurf, denn ohne Revision hätte es in keiner Wissenschaft auch nur den geringsten Fortschritt gegeben. Ohne sie kein Kopernikus, Galilei und Giordano Bruno. Sie alle handelten nach dem Motto: „De omnibus dubitandum" (Alles ist zu bezweifeln). Revision ist sozusagen die wichtigste Methode wissenschaftlicher Forschung, und wer sie ablehnt, sollte sich nicht Wissenschaftler nennen. Diese Selbstverständlichkeit stellte 1994 auch das Bundesverfassungsgericht fest, als es festhielt, dass die Ergebnisse jeder Wissenschaft immer nur vorläufig sind und der Korrektur zugänglich sein müssen (NJW, 1781 ff.).

Kummer gewöhnt

Die Sudetendeutschen sind Kummer gewöhnt. Das reicht von der Zerstörung ihrer Denkmäler, wie jetzt in Wels, bis zur Aussperrung aus dem eigenen Sudetendeutschen Haus. Auch Ehrungen wurden schon boykottiert, und zwar 1968, als Dr. Emil Franzel den mit 10.000 DM dotierten Deutschland-Preis der Konrad Adenauer-Stiftung bekommen sollte. Höchste Würdenträger hatten sich zum Festakt im Nationaltheater zu München angesagt. Doch als der Straßenmob mit Krawallen drohte, ließen sie sich ins Bockshorn jagen und sagten ab. Zu den Agitatoren gehörten damals (der einstige SS-Mann) Günther Grass und (der einstige Kriegsfreiwillige) Martin Walser.

Die Ehrung Franzels wurde im Herbst 1968 an anderem Orte nachgeholt.

Hier folgt Beispiel 2 zur Ausgrenzeritis:

AfD bekommt von der SL einen Korb

Es ist Mode geworden, die AfD auszugrenzen. Jetzt gesellte sich zu den Ausgrenzern auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL), denn sie untersagte dem vertriebenenpolitischen Arbeitskreis dieser Partei, den Besuchern des Sudetendeutschen Tages (ST) seine Positionen zur Vertriebenenfrage vorzustellen. In der Praxis bedeuteet das, dass die AfD beim ST keinen „Stand" bekommt. Die Absage wäre verständlich, wenn es ein Überangebot an vertriebenenpolitischen Programmen anderer Parteien gäbe. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Zu befürchten ist daher eine Beschleunigung des SL- Marsches in die Bedeutungslosigkeit. Dies umso mehr, als die Aussperrung gegen die Gleichbehandlung und gegen die eigene Satzung verstößt, denn diese verpflichte den SL-Verein zur Überparteilichkeit! Die Abkapselung ist aber auch das Eingeständnis eigener Schwäche. Offenbar hält man die eigenen Positionen für weniger attraktiv als die der AfD. Und da befinden wir uns bereits in der Nähe der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern, für die der CSU offenbar jede Konkurrenz vom Leibe gehalten werden soll. Brisant könnte es auch bei möglichen Neuwahlen auf Bundesebene werden, denn die CSU bewegt sich mit ihren 6,2 Prozent durchaus schon in Sichtweite der 5-Prozenthürde! (AfD: 12,6 %).

Stephan Protschka, MdB, beantragte einen Stand beim ST 2018.

Nach der Aussperrung des Witikobundes seit zwei Jahren hätte die AfD etwas Farbe in das ST-Spektrum bringen können. Nun aber setzt sich die Gängelung der Festbesucher fort, so als wären diese nicht mündig genug, um sich über die verschiedenen Angebote ein eigenes Bild zu machen.

Zu ergänzen ist, dass der Antragsteller für die AfD, MdB Stephan Protschka, auch Plenums-mitglied des Sudetendeutschen Rates ist. Sein Wunsch ist, dass die SL-Mitglieder von den „*undemokratischen Umtrieben"* der SL-Führung bald erfahren (JF, 26.1.17, S.4).

Und noch ein dritter Ausgrenzeritis-Fall!

Echter Sportsgeist

Nachdem der FC Bundestag (Fussballclub der Bundestagsmitglieder) sich geweigert hat, bestimmte AfD-Mitglieder aufzunehmen, gründeten diese den Club „Alternative FC Bundestag". Dieser stehe, wie die AfD-Sportler verkündeten, allen Fraktionen offen und fühle sich den Werten echten Sportsgeistes verpflichtet (Spiegel, 27.1.2018, S. 12).

Die Phönizier haben das Geld erfunden - aber warum eigentlich so wenig?
(Helmut Karasek)

Die Gedenkfeier in Berlin

Am 8.1.2015 gab es in Paris einen Anschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo. Unverzüglich wurde in Deutschland Trauerbeflaggung angeordnet und Kanzlerin Merkel eilte mit Innenminister Thomas de Maiziere nach Paris zu einer Demonstration.

Als am 19. Dezember 2016 der Islamist Amri einen Terroranschlag in Berlin verübte, bei dem zwölf Menschen starben, bedurfte es erst eines offenen Briefes der Hinterbliebenen, um den Staat zu einer angemessenen Reaktion zu veranlassen. So kam es am 19.12.2017 zu einer offiziellen Gedenkveranstaltung am Ort des Geschehens, an der auch Kanzlerin Merkel teilnahm.

Blick auf die Attentatsszene

Aber nicht nur die Behörden, sondern auch die Öffentlichkeit (zivile Gesellschaft?) tat sich schwer. Dass die Bevölkerung sehr mitfühlsam sein kann, zeigte sie nach den Anschlägen in Mölln 1992 (drei Tote) und in Solingen 1993 (fünf Tote). Damals gedachten Hundertausende in der ganzen Republik parteiübergreifend, teils mit Lichterketten und von den Kirchen und Gewerkschaften unterstützt, der türkischen Opfer. Auch an finanzieller Hilfe fehlte es nicht. So überwiesen die Ford-Werke 100.000 DM und die Bertelsmann-AG eine Million zur Unterstützung der Hinterbliebenen. Im Gegensatz dazu ist 2016 von privaten Spenden für die Opfer nichts bekannt geworden.

Instinklose Ämter

Ohne jedes Feingefühl agierten auch manche Ämter, wenn überlebende Opfer in materielle Bedrängnis gerieten. Ja, man wollte Hinterbliebene (sogar unter Androhung der Zwangseintreibung) verpflichten, die Kosten für die Obduktion ermordeter Angehöriger zu begleichen (FAZ, 13.12.17). Hinzu kam der Versuch, die Namen der Opfer in der Anonymität verschwinden zu lassen, sie also als Personen noch einmal auszulöschen. Die Hinterbliebenen mussten sich sogar gegen eine amtliche Verlautbarung wehren, sie hätten um Anonymität gebeten.

Nachdenklichkeit erwünscht!

Warum verhielten sich Staat und Öffentlichkeit 1992/1993/2015 und 2016 so unterschiedlich? Gibt es eine Hierarchie der Opfer? Sind deutsche Opfer weniger wert? Sicher verhielt sich die Kanzlerin auch so zurückhaltend, weil sie fürchtete, die Berliner Toten könnten als „ihre Opfer" wahrgenommen werden, denn immerhin hat sie den unkontrollierten Ausländerzuzug veranlasst.

Da der Witikobrief eine Vertriebenenzeitung ist, sei auch folgende Bemerkung erlaubt: Mangelndes Interesse am Schicksal der eigener Landsleute ist den Vertriebenen teilweise schon länger bekannt. Fernstenliebe scheint eben einfacher als Nächstenliebe zu sein.

Milos Zeman wiedergewählt

Knapper als erwartet setzte sich in Tschechien Milos Zeman (73) bei der Präsidentenwahl durch. Er bekam 51,36 Prozent der Stimmen, sein Konkurrent Jiri Drahos (69) beachtliche 48,63 %. In Prag erzielte Drahos sogar 68 %. Die Wahlbeteiligung war mit 66 % beachtlich. Anders als bei der letzten Wahl spielten die Beneschdekrete diesmal keine Rolle.

Die sozialistische Vergesellschaftung der Wirtschaft darf nicht durch die neoliberale Verwirtschaftung der Gesellschaft abgelöst werden.

Nach Norbert Blüm, Verändert die Welt, aber zerstört sie nicht! (Spiegel, 18.11.17, S. 36).

Für pflichtbewusste Historiker

Dr. Alfred Schickel wurde einst beim Besuch eines us-amerikanischen Luftwaffenmuseums von einem Offizier wie folgt belehrt: *„Es ist normal, dass nach einem Krieg der Sieger die Geschichte schreibt. Aber die Historiker der Verliererseite haben die Aufgabe, die Verfälschungen in zäher Kleinarbeit zurechtzubiegen."*

Diesen Auftrag hat Dr. Schickel wahrgenommen. Im Sinne dieses historischen „Reinheitsgebots" hat sich, wie auch die folgenden Beispiele zeigen, auch stets der Witikobrief betätigt.

Auf Forschungsreise in den USA

Dr. Schickel entdeckte 1984 in den *National Archives* zu Washington unter den inzwischen teilweise freigegebenen deutschen Akten Hinweise darauf, dass die Zahl der in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommenen russischen Soldaten deutlich unter den immer wieder genannten 3,3 Millionen liegen muss. Diese Zahl darf man nämlich nicht nur nach der Differenz zwischen eingebrachten Kriegsgefangenen und den 1945 befreiten bestimmen. Vielmehr wurden viele auch vorzeitig entlassen, vornehmlich Ukrainer. Andere Nichtrussen wurden als „Hiwis" oder Erntehelfer angeworben. Dies ergeben Schriftstücke der Wehrmacht, in denen die Beschleunigung dieser Entlassungen verlangt wird. Auch bei polnischen Kriegsgefangenen war die Entlassung in ein Zivildienstverhältnis *„mit allem Nachdruck zu fördern"*. (Findnummer: Nat.Archives Washington, WB-4244).

Dr.phil.A. Schickel

Dr. Schickel kritisiert in diesem Zusammenhang, dass deutsche Forscher, namentlich verbeamtete, in den us-amerikanischen Archiven so gut wie nie auftauchten, um die dort deklassifizierten Originalakten auszuwerten. Er spricht dabei sogar von „geistiger Desertation" deutscher Historiker (WBr. 1984,1,3 ff.). Es sei daher rätselhaft, wieso diese allgemein als „seriöse Historiker" angesehen werden.

Ein wertvoller Zeitzeuge

Eine andere Zahl hat ein wichtiger Zeitzeuge zurechtgerückt. Sein Name ist Dr. Fritz Köllner, der im Sudetenland vorübergehend stellvertretender Gauleiter war und nur mit Glück eine zehnjährige Haft in tschechischen Urangruben überstanden hat. Dr. Köllner bezeichnete 1984 bei einer Zusammenkunft des Ortskreises München die Zahl der 1938 von der Gestapo verhafteten Sozialdemokraten als um das zehnfache überhöht. Nicht 20.000 seien verhaftet worden, sondern höchstens 2.000.

Falsch sei auch die Behauptung, Benesch hätte den SdP-Abgeordneten Dr. Sebekowski und Kundt die Autonomie versprochen. Benesch sei aber nach einer anderen Quelle für Roosevelts naiven Glauben in die Zuverlässigkeit Stalins verantwortlich gewesen (WBr.1984, 3,13).

Der Anschluss Österreichs 1938

Generalmajor a.D. Gert Schultze-Rhonhof trägt in einer (unveröffentlichten) Buchbesprechung (Kellerhoff, Die NSDAP, 2017) viele Einzelheiten zum Anschluss Österreichs an Deutschland 1938 zusammen. Darunter auch viele, nur wenig bekannte Einzelheiten zu der von Schuschnigg am 9.März 1938 überstürzt angesetzten Volksabstimmung:

Die Abstimmung sollte vier Tage später (ein Sonntag) über den Anschluss Österreichs oder die weitere Selbständigkeit entscheiden. Wegen des seit fünf Jahren in Österreich geltenden Wahlverbots gab es keine Wählerverzeichnisse. Wahlzettel wurden nur mit Ankreuzmöglichkeit gegen eine deutsch-österreichische Vereinigung gedruckt. Wer der Vereinigung zustimmen wollte, musste sich einen entsprechenden Wahlzettels selbst herstellen. Beamte und Staatsangestellte sollten einen Tag vor dem Wahltermin - also in drei Tagen - in Gruppen unter Aufsicht ihrer Vorgesetzten zu den Wahlurnen gehen, und sie mussten ihre angekreuzten Wahlzettel ihren Vorgesetzen zeigen. Das Wahlalter wurde heraufgesetzt, weil

damit gerechnet wurde, dass die Jugend mehrheitlich "deutsch" wählen würde. Das Ganze drohte zur Wahlkomödie zu werden. Der für Wahlen zuständige Innenminister, ein Nationalsozialist, wurde mehrmals bei Schuschnigg vorstellig und verlangte eine verfassungsmäßige, korrekt vorbereitete Wahl. Als Schuschnigg ablehnte, wandte er sich ratsuchend an seinen deutschen Kollegen Göring. So kam der Anschluss Österreichs an Deutschland ins Rollen. Deutsche Truppen marschierten nach Österreich und österreichische Truppen umgekehrt nach Deutschland. Die korrekt abgehaltene Volksabstimmung vier Wochen später ergab eine überwältigende Mehrheit für den "Anschluss". *(F.V.)*

Die Welt verstehen:

1.Farbige Studenten des Faches Englisch an der Yale-Universität (USA) haben durchgesetzt, dass sie nicht gezwungen werden dürfen, Werke weißer Autoren wie Shakespeare, Oscar Wilde oder Geoffrey Caucer (1342-1400, Canterbury Tales) zu lesen (J.F., 17.11.17, S.15).
2. Die Körpertemperatur von Astronauten in der Schwerelosigkeit liegt bei 38 Grad C., weil die Verdunstung auf der Haut geringer ist (FAZ, 5.1.17)
3. US-Präsident Trump und der tschechische Wahlgewinner, der Slowake Andrej Babis, sind beide Geschäftsleute und sind beide mit einer Tschechin verheiratet.
4. Karl Lagerfeld: „Man kann nicht Millionen Juden töten und danach Millionen ihrer schlimmsten Feinde (Araber) ins Land lassen" (JF, 17.11.17, S.2).
5. Dem „Kampf gegen rechts" müsste ein „Kampf gegen Steuerschieber" entsprechen. Es fehlt aber der politische Wille dazu, wie auch der Euphemismus „Steueroase" vermuten lässt (JF, LB, 17.11.17).
6. Mit dem erst kürzlich zurückgetretenen Präsidenten Mugawe machte unser (+) Kamerad Dr. Hans Germani schon 1982 schlechte Erfahrung. Germani war Afrikakorrespondent des Springerkonzerns und verlor durch Mugawe die Akkreditierung für Simbabwe (WBr. 82, 4,9)
7. Prof. Ferdinand Seibt (+), Leiter des Collegiums Carolinum, behauptete 1982, dass es nur eine *böhmische* Geschichte gäbe und keine *sudetendeutsche* (WBr. 82,5,4).
8. Weltweit geben die Sportverbände 350 Mio Dollar für Dopingkontrollen aus. Dennoch seien 40-60 Prozent der Sportler gedopt. Das schätzt der Dopingforscher Prof. Simon, Mainz, (Spiegel, 9.12.17).
9. NDR und WDR finanzieren sich aus den Zwangsgebühren. Daher ist es problematisch, dass die Süddeutsche Zeitung mit ihnen einen Rechercheverband einging (Spiegel, 9.12.17, S. 98).
10. Der Pianist Alfred Brendel wurde 1931 im nordmährischen Wiesenfeld geboren (FAZ, 5.12.17).
11. Margit Sponheim, Mainzer Fastnachtssängerin, hat eine Ostpreußin zur Großmutter (Wikipedia)
12. Nach einer Unterrichtseinheit zur 1968er Studentenbewegung sollten Gymnasiasten Texte aus studentischen Aufrufen interpretieren. Sie ordneten sie ausnahmslos der 1968er Zeit zu; tatsächlich stammten sie aber vom nationalsozialistischen Studentenbund um 1930 (FAZ, 3.1.18, LB. S. 25).
13. Zehnjährige Schüler machen heute in Diktaten 77 % mehr Fehler als vor 40 Jahren. Der schulamtlich vorgegebene Wortschatz sank von 1.100 auf 700. (JF, 17.11.17, S.18).).
14. Bis zur Ausschlussfrist am 31.12.2017 gingen 35.000 Anträge für das Anerkennungsgeld für deutsche Zwangsarbeiter (2.500 €) ein. Bei geschätzten vier Millionen Zwangsarbeitern (Wikipedia), gingen mehr als 99 % der Berechtigten leer aus, da offenbar schon verstorben (PAZ, 12.1.18).
15. Mit dem sudetendeutschen Förderpreise wurden am 13.1.2018 im Sudetendeutschen Haus drei Tschechen und zwei Deutsche (Nachkommen Vertriebener) bedacht.
16. Die AfD stimmte am 13.12.2017 im Deutschen Bundestag gegen die Diätenerhöhung um 219 Euro monatlich (=2,3 %). Die Ablehnungsrede hielt MdB Keuler (youtube).
17. Die Zahl der „Reichsbürger", die die Bundesrepublik nicht als Staat anerkennen, wuchs laut Verfassungsschutz im letzten Jahr von rd. 10.000 auf nunmehr 15.600 an.
18. Vierzig Prozent aller Blechschäden an Autos passieren auf Parkplätzen.
19. Die Polen planen ein Gesetz gegen die Bezeichnung „polnisches KZ" für deutsche Lager auf polnischem Boden. Israel argwöhnt aber, dass dabei auch versucht werden soll, den polnischen Anteil an der Judenverfolgung zu verschleiern (FAZ, 29.1.2018).
20. In Guthmannshausen, der privaten Gedenkstätte in Thüringen, brach ein Polizeikommando neun Türen auf, obwohl der Hausmeister anbot, diese aufzuschließen. Die Maßnahme wurde mit Verdacht auf Drogenmissbrauch gerechtfertigt, was sich freilich als unbegründet erwies.

POLITISCHE MORAL ODER WAS DARAUS WERDEN KANN

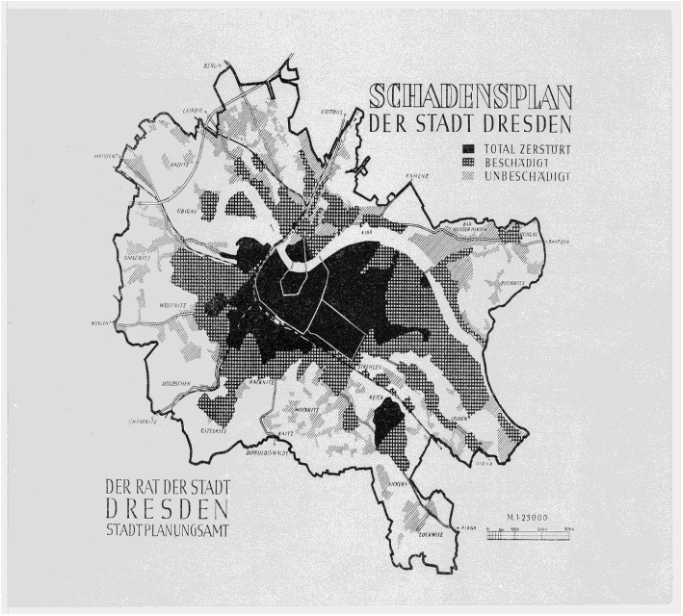
GEDENKEN an DRESDEN 1945

PROF. DIPL.ING. ARCH. ERHARD E. KORKISCH

In den Abendnachrichten der ARD vom 6. und 7. August 2017 wurde über das japanische Gedenken zum Atombombenabwurf auf Hiroshima vom 6. August 1945 berichtet. Das vermittelte eindrucksvoll, wie nachhaltig das Gedenken und die Trauer um die Toten dieser Massenvernichtung, die sich drei Tage danach in Nagasaki wiederholte, heute noch in Japan verankert sind.

Das Gegenteil wird in Dresden demonstriert, wo seit 2016 auf dem Dresdner Heidefriedhof der Massenopfer ohne offizielle Beteiligung gedacht wird. In einem Beitrag von Oberbürgermeister Hilbert (FDP) in der Sächsischen Zeitung vom 4. Februar 2017 beteuerte dieser: „Dresden war keine unschuldige Stadt“!

Seine Aussage ist eher geeignet, die sinnlose Zerstörung einer Kultur- und Lazarettstadt kurz vor Kriegsende im Sinne der Sieger zu rechtfertigen. Ohne weitere Erklärung verhöhnt er damit alle Opfer auf unerhörte Art und Weise. Insgesamt fällt Hilbert auf ein Niveau zurück, das auch in England nicht rnehr rnehrheitsfähig wäre, weil dort die Vernichtung Dresdens längst als das deutsche Hiroshima" bezeichnet wird.



Diese einmalige Skizze entdeckte im Vorjahr unser Mitglied, Prof. Korkisch, bei seinen Archivstudien in Dresden. Sie belegt, dass der Angriff nur den Wohngebieten im Zentrum galt..

Parallel zur Aussage des Oberbürgermeisters wird als Begründung für das Bombenziel Dresden die Bezeichnung ,,Rüstungsindustriestadt und Verkehrsknotenpunkt" medial verbreitet, nicht zu vergessen, dass von einschlägiger Seite schon Jahre zuvor versucht wurde, Dresden zur ,,Nazistadt" und als ,,nötiges Kriegsziel" umzudeuten — zeitgemäße Moral -?!

Im Dresdner Stadtplanungsamt wurde 1947 eine umfangreiche Schadensübersicht erstellt. Darin ist ersichtlich, dass die ca. 6 km breite, in Ost-West-Richtung verlaufende Zerstörungszone ausschließlich die Innenstadt mit ihren dicht bevölkerten Wohngebieten und Lazaretten umfasste. Industrieanlagen befanden sich außerhalb, vor allem im nördlichen Industriegebiet.

Die vier dicht aufeinander folgenden Vernichtungsangriffe vom 13. bis 15. Februar 1945 waren eine Demonstration militärischer Stärke unter Missachtung aller kriegsvölkerrechtlichen Moralprinzipien. Dresden hatte zur Tatzeit 585.000 Einwohner und war zusätzlich mit etwa 500.000 vor der russischen Front geflohenen Ostdeutschen, vorwiegend aus Schlesien, belegt. Kein Bunker konnte das Leben der Menschen in Dresden schützen. Hilfios waren auch die 143 Krankenhuser dem vernichtenden Terror ausgesetzt.

Es ist ein Zeichen geschichtspolitischer Verkommenheit, unrichtige Rechtfertigungen zu verbreiten, wenn man angesichts des Abtretens der aus dem Erleben urteilenden Zeitzeugen meint, auf Widerspruch nicht mehr achten zu müssen.

Dresden ist ein besonders beschämendes Beispiel dafür, wie ein Fanal der Mahnung und des würdevollen Gedenkens — ganz im Gegensatz zu Japan — aus dem allgemeinen Empfinden verdrängt wird.
Das zeigt sich aber auch besonders deutlich an der Diffamierungskampagne gegen die Deutsche Wehrmacht, die sich nicht mehr wehren kann, weil nur mehr wenige Kriegsteilnehmer am Leben sind.
Die Angriffe der Medien auf die selbst vom Kriegsgegner anerkannte tapfere und disziplinierte Truppe bleiben durch ständige Wiederholung und Vergröberung der Herleitung im Denken nachwachsender Generationen haften.
„Wer pauschal behauptet, die Wehrmacht sei eine Verbrecherbande gewesen, muss den Beweis erbringen, dass Einzelbeispiele repräsentativ sind und diese Verbrechen vom Oberkommando (der Wehrmacht und Generalstab des Heeres) gewollt oder geduldet wurden“. In Nürnberg (IMT) wurden die entsprechenden Anklagen abgewiesen. Der ,,Disziplinarerlass" des Oberbefehlshabers des Heeres zeitigte im Gegenteil schnelle und harte Bestrafung bei Verbrechen von Wehrmachtssoldaten (Verein zur Aufarbeitung der jüngeren Geschichte e.V.. Die Soldaten der Wehrmacht, München 1998, S. 462 u. S. 55 ff).
Gültige Worte von Arthur Schopenhauer lassen ein gerechteres Urteil in der Zeitgeschichte erwarten: *Die Wahrheit kann warten, denn sie hat ein langes Leben vor sich".*
Sie lässt sich durch zeitbedingte Veränderung nicht abschaffen, sondern findet oft sehr späte Wege der Wirksamkeit, wenn Widersprüche der veröffentlichten politischen Absicht nicht mehr das Geschichtsbild trüben.
Ein Regulativ bildet die Freiheit einer ideologiefreien unabhängigen Wissenschaft, die sich von politischen Zwecken befreit pädagogisch auswirkt.
In der Deutschen Rundschau, H. 60, Juni 2016, wird von K.H. BaumgärtI in einer Abhandlung ,,Vom Lärm unserer Zeit" dargelegt, wie M. Heidegger in Vorlesungen und seiner Rektoratsrede die ,,Selbstbehauptung der deutschen Universität" die Freiheit der Wissenschaft gegen politische Vorstellungen der Zeitbedingungen vertrat, was gerade jüdische Hörer in seinen Kollegs anzog.
Ein bestätigendes Ergebnis aus dieser Zeit brachte Hans Jonas in Vorträgen und seinem bedeutenden Werk ,,Prinzip Verantwortung" zur aktuellen Wirkung.
Doch die heutige deutsche Übung der einseitigen Selbstanklage übersieht diesen Zusammenhang und übt sich in der ,,Ethik der selbstlosen Zudringlichkeit", wie sie erhellend der Witikobrief (Nov. 2017, S. 17) beschreibt. Dass die Moral als ethische Verantwortung zeitweise und zeitbedingt versagt, soll uns aber die Gewissheit später pädagogischer Reinigung nicht rauben und zur Wachsamkeit aufrufen.

Nachher!	Vorher!	Nachher!

Die Tugend geschlagener Völker ist nicht die Resignation, sondern die Geduld.
(Helmut Diwald)

„Da waren Deutsche auch dabei!“

Die Deutsche Technische Hochschule (DTH) in Prag:

Es gibt ein Gedicht deutscher Auswanderer, das die Unterbewertung deutscher Leistungen am Aufbau der USA beklagt. Sein Refrain lautet *„Da waren Deutsche auch dabei!“*. Diese Worte lassen sich mühelos auch auf andere Länder beziehen. So auf die Tschechische Republik, wo man im Vorjahr eine 300-Jahrfeier der Prager Technischen Universität veranstaltete und sich ungeniert mit fremden Federn schmückte, indem man wieder einmal den deutschen Anteil an der Schulgründung verschwieg.

Böhmische Ständische Ingenieurschule (1717–1806)

Der Plan für die Einrichtung technischen Unterrichts in Prag geht auf den Schlesier Christian Josef Willenberg zurück. Junge Männer aller Stände sollten im Festungsbau (Fortifikation) ausgebildet werden. Der Antrag ging 1705 bei der böhmischen Hofkanzlei ein, und obwohl der Kaiser dem Antrag 1707 zustimmte, konnte der Lehrbetrieb erst am 9. November 1717 aufgenommen werden. Willenberg wurde zum Professor der „Böhmischen Ständischen Ingenieurschule“ ernannt und begann seine Vorlesungen in seiner eigenen Wohnung auf der Kleinseite (ein Wohnviertel der Deutschen). Seine Nachfolger, Johann Ferdinand Schor und Franz Leonhard Herget, wirkten in seinem Sinne erfolgreich weiter und konnten diese Anstalt auf einem überdurchschnittlichen Niveau erhalten.

Ständisches Polytechnisches Institut (1806–1869)

Nach Hergets Tod 1800 gab es Bestrebungen, sein Institut der Universität anzugliedern, was allerdings abgelehnt wurde. Stattdessen gründete man 1803 das „Böhmische Ständische Polytechnische Institut in Prag“, das 1806 seinen Betrieb aufnahm. Institutsdirektor war Franz Joseph Gerstner (heute Namensgeber für die sudetendeutsche Auszeichnung technischer Leistungen). Prag bekam damit eine polytechnische Lehranstalt höchsten Ranges, die für einige Jahrzehnte das Modell für ähnliche technische Institute in Deutschland abgab. Die Verbindung zwischen der alten Ingenieurschule und dem neuen Polytechnikum zeigte sich darin, dass das Personal und das Inventar (Maschinen, Bibliothek) übernommen und die Räumlichkeiten weitergenutzt wurden.

Das Polytechnische Institut

Deutsches Polytechnisches Landesinstitut des Königreiches Böhmen (1869–1879)

Als im Verlauf des 19. Jahrhunderts das tschechischsprachige Bildungswesen ausgebaut wurde und die Nachfrage nach Hochschulbildung in tschechischer Sprache anstieg, wurde ab 1869 im Prager Polytechnikum der Unterricht gleichberechtigt auf Deutsch und Tschechisch gegeben („utraquistisch“). Auf Deutsch hieß die Einrichtung nun „Deutsches Polytechnisches Landesinstitut des Königreiches Böhmen“ und auf Tschechisch „Královsky Ceský Polytechnický Ústav“. Jeweils ein deutscher und ein tschechischer Professor unterrichteten planmäßig die Fächer Mathematik, Darstellende Geometrie, Geodäsie, Physik, Naturgeschichte, Hochbau, Wasser- und Straßenbau, Maschinenbau und Chemie. Die Sprachenkonflikte, die eigentlich ethnische Konflikte waren, ließen sich auf diese Weise nicht dauerhaft befrieden, sondern führten nach zehn Jahren zur Gründung der „C.k. Česká Vysoká Školá Technická“, die wie die bisherigen Einrichtungen zur Ingenieurausbildung dem Böhmischen Landtag unterstand und von diesem finanziert wurde. 1918 wurde aus dieser die „České Vysoké Učení Technické“ (ČVUT).

K.K. Deutsche Technische Hochschule (1879–1918)

Das Ende des „utraquistischen“ Unterrichts und die Gründung einer tschechischsprachigen Technischen Hochschule bedeuteten nicht die vollständige Trennung: Beide Einrichtungen wurden bis 1903 wirtschaftlich gemeinsam verwaltet, die Bibliothek wurde noch bis nach dem

Ersten Weltkrieg von Studenten beider Nationalitäten gemeinsam genutzt. Der Sprachenstreit überschattete gleichwohl den Lehrbetrieb, beispielsweise als 1897/98 infolge der Badenischen Sprachverordnung der Lehrbetrieb aus Furcht vor Übergriffen und wegen Studentenstreiks vorübergehend eingestellt werden musste.
Ereignisse wie diese regten Überlegungen für einen Umzug der DTH von Prag ins geschlossene deutsche Siedlungsgebiet an, wozu es jedoch nie kam. 1901 erhielt die DTH – wie alle Technischen Hochschulen Österreichs - das Recht zur Promotion.

Deutsche Technische Hochschule (1918–1945)

Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie 1918 verschärfte sich der Druck auf die DTH. Um die wirtschaftliche Not der Schule zu lindern, gründete sich 1930 der „Verein der Freunde der deutschen technischen Hochschule in Prag“. Leider band die politische Repression viele Kräfte, die in Lehre und Forschung fehlten. Die Debatte über die Verlegung der Prager Hochschulen in die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens flackerte 1938 und 1939 wieder auf, blieb aber ohne praktische Folgen. Nach der Schließung der tschechischen Hochschulen 1939 nutzte die DTH die Räumlichkeiten der TTH mit, obwohl unter den Bedingungen des Krieges ohnehin nur ein reduzierter Betrieb möglich war. Am 5. Mai 1945 endete der Lehrbetrieb vollständig. Am 18. Oktober 1945 wurde die DTH per Dekret rückwirkend zum 17. November 1939 geschlossen, dem Tag der Schließung der tschechischen Hochschulen durch die nationalsozialistischen Behörden. Sogar die zwischen 1939 und 1945 in Prag abgelegten Prüfungen wurden für nichtig erklärt. Die deutsche Professorenschaft war weitgehend schon im Mai verhaftet worden, was für 35 von ihnen tödlich endete.
In den folgenden Jahrzehnten wurde in tschechischen Publikationen versucht, die Entstehung der Tschechischen Technischen Hochschule (TTH) an die Ständische Ingenieurschule von 1717 anzuknüpfen und den Anteil der Deutschen an dieser Geschichte zu verschleiern.
Doch auch für Böhmen wird noch lange gelten: *„Da waren Deutsche auch dabei!“ (F.V.)*

Früher hatten die Zeitungen das Niveau ihrer Journalisten,
heute das ihrer Leser *(Karl Kraus)*

Adalbert Stifter

Adalbert Stifter verstarb vor 150 Jahren. Der Witikobund, der sich nach einer Romanfigur Stifters nennt, gedachte dieses Datums (28.1.1868) bereits auf seiner Jahreshaupt-versammlung im letzten Herbst und auf den letzten Seiten seiner Vereinszeitschrift vom November 2017. Anzumerken ist hier aber noch die erfreuliche Tatsache, dass in der Presse zu diesem Todestag jüngst zahlreiche Würdigungen erschienen. Erwähnt seien nur die Beiträge Arthur Schnabels in der FAZ (25.1.2018), Barbara von Wulffens (Die Tagespost) und in der Vertriebenenpresse die Arbeiten von Harald Tews (PAZ, Preußische Allgemeine Zeitung, 26.1.2018) und Angelika Steinhauer (Sudetendeutsche Zeitung, 27.1.2018). Alle genannten Beiträge zeugten von einer vertieften Kennerschaft der Werke des Böhmerwalddichters. Danke!

Briefmarke zum 200.Geburtstag Stifters 2005

So grausam war Gaddafi

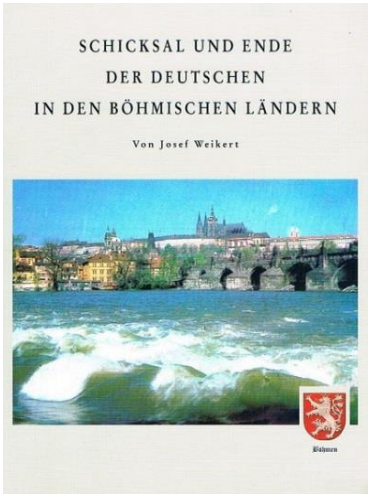
Im Weltnetz findet sich die nachfolgende, etwas marktschreierische Liste der Sozialleistungen im Libyen Gadafis (1942-2011). 89 Prozent der Erlöse aus dem Ölexport wurden dafür verwendet. Wirtschaftssysteme dieser Art nennt man rentenökonomisch. Von neoliberalen Kräften werden sie nicht unbedingt geschätzt. Gadafi tat sehr viel für die Entwicklung anderer afrikanischer Staaten. Die genauen Zusammenhänge lassen sich googeln!

1. Strom war kostenlos für alle Bürger.
2. Es gab keine Zinsen auf Kredite. Die staatlichen Banken vergaben Darlehen an alle Bürger zu null Prozent Zinsen, per Gesetz.
3. Ein Heim/Zuhause zu haben, galt als ein Menschenrecht in Libyen.
4. Alle Frischvermählten in Libyen erhielten 50.000 US-Dollar. Dieses Geld sollte ihnen ermöglichen, ihre erste Wohnung zu kaufen. Es war eine Starthilfe für junge Familien.
5. Bildung und medizinische Behandlungen waren frei. Bevor Gaddafi an die Macht kam konnten nur 25 Prozent der Libyer lesen. Heute liegt die Zahl bei 83 Prozent.
6. Angehende Landwirte erhielten Ackerland, ein Bauernhaus, Geräte, Saatgut und Vieh zum Schnellstart für ihre Farmen, und das alles kostenlos.
7. Wenn Libyer keine Ausbildung oder medizinische Einrichtungen finden konnten, die sie benötigten, hatten sie die Möglichkeit, mit der Hilfe staatlicher Gelder ins Ausland zu gehen. Sie bekamen 2.300 USD im Monat für Unterkunft und Auto gezahlt.
8. Wenn ein Libyer ein Auto kaufte, subventionierte die Regierung 50 Prozent des Preises.
9. Der Preis für Benzin in Libyen betrug 0,14 $ (12 Rappen oder ca. 0,10 Euro) pro Liter.
10. Wenn ein Libyer keine Arbeit bekam nach dem Studium, zahlte der Staat das durchschnittliche Gehalt des Berufs, in dem er eine Arbeit suchte, bis eine fachlich adäquate Beschäftigung gefunden wurde.
11. Libyen hatte keine Auslandsschulden, und die Reserven in Höhe von 150.000.000.000 $ haben die Okkupationsmächte unter sich aufgeteilt.
12. Ein Teil des libyschen Öl-Verkaufs wurde den Konten aller libyschen Bürger gutgeschrieben.
13. Mütter, die ein Kind gebaren, erhielten 5.000 US-Dollar.
14. 25 Prozent der Libyer haben einen Hochschulabschluss.
15. Gaddafi startete das "Great-Man-Made-River-Projekt" (GMMRP oder GMMR, dt. Großes menschengemachtes Fluss-Projekt) in Libyen Es war das weltweit grösste Trinkwasser-Pipeline-Projekt für eine bessere Wasserversorgung von Bevölkerung und Landwirtschaft.

Gott sei Dank haben NATO und Rebellen das libysche Volk davon befreit.

Zu guter letzt:

Die Ziehmutter von Ulrike Meinhof, Prof. Dr. Renate Riemeck (1920-2003), war eine Ikone der linken Szene. Als Vorsitzende der DFU (Friedensunion) kandidierte sie 1961 auch für den Bundestag. Jetzt kam heraus, dass sie 1941 in die NSDAP eingetreten war und in ihrer Doktorarbeit (Jena 1943) auch nicht vor antisemitischen Passagen zurückschreckte (FAZ, 31.01.2018). Günter Grass, Walter Jens usw. lassen grüßen!



€ 5,-

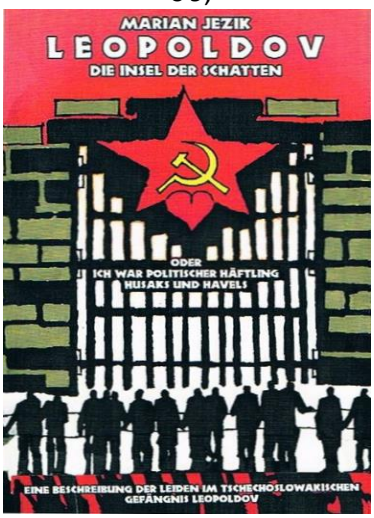
€ 5,-

€ 11,-

€ 9,-

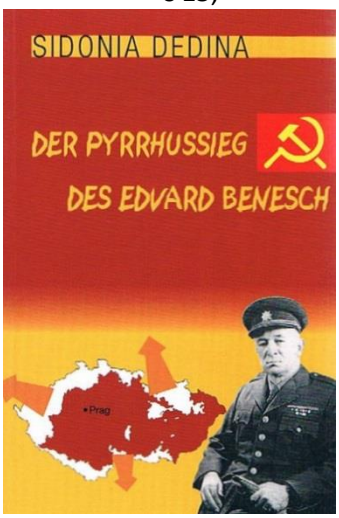
€ 16,50

€ 15,-



€ 7,-

€ 10,-



€ 10,-

Bestellungen bitte über Netz-Post witikobund-bundesverband@freenet.de
oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.